Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennig. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 7. Mai 1884. Nr. 213.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Donnerstag Abend.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 6. Mai.

Der Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Mehrere Regierungs-Kommissarien.

Das Haus tritt in die dritte Berathung des Entwurfes, betreffend die Ergänzung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie. (Antrag Straßmann-Zelle.)

Abg. Hahn: Die Gründe, welche gegen diesen Entwurf in zweiter Berathung vorgebracht worden, sind nicht wiederlegt worden. Wir halten den § 79 der Städteordnung wonach die Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung verfügt werden kann, für genügend, um etwaigen Uebeln abzuhelfen. Die Bedürfnißfrage ist also auch nicht nachgewiesen; meine politischen Freunde werden daher gegen die Vorlage stimmen.

Nachdem Abg. v. Oertzen Namens der freikonservativen Partei die Vorlage befürwortet, wird dieselbe gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Bestimmung des Wohnsitzes im Sinne der rheinischen Gemeindeverfassungsgesetze wird ohne Debatte genehmigt, ebenso nach einer kurzen, sich gegen den Bau der Bahn Oldesloe-Lauenburg richtenden kurzen Erklärung des Abg. Dr. Langerhans der Gesetzentwurf betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat.

Es folgen Petitionen

Die Petition um Gleichstellung der Zivilanwärter mit den Militäranwärtern bei der Besetzung der Gerichtsvollzieherstellen wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber die Petition wegen Einführung des technischen Handarbeitsunterrichts in die Lehrerseminare geht das Haus in Erwägung, daß die Regierung bereit ist, den Bestrebungen der Petenten eine wohlwollende Berücksichtigung, soweit es thunlich ist, zu Theil werden zu lassen, zur Tagesordnung über.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission erklärt das Haus, daß das Mandat des Abg. Marcard durch seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath nicht erloschen sei.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung der Novelle zum Kommunalsteuergesetz.

Schluß 12½ Uhr.

Deutschland.

Berlin 6. Mai. Der Bericht der Kommission für das Sozialistengesetz liegt jetzt gedruckt vor; es ist ihm indeß nichts zu entnehmen, da die Referate über die einzelnen Sitzungen ausführlich die Verhandlungen der Kommission dargestellt haben. Der Schluß des Berichtes derselben lautet:

„Nachdem die Vorlage der verbündeten Regierungen mit Stimmengleichheit abgelehnt ist, beantragt die Kommission, der nachstehenden Resolution die Zustimmung zu ertheilen:

Der Reichstag wolle beschließen: die Erwartung auszusprechen, daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher den durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend getroffenen Gefahren, welche aus verbrecherischer Anwendung oder aus der unbefugten Bereitung, Handhabung und Verbreitung von Sprengstoffen hergehen, entgegentritt."

Ein solcher Entwurf ist inzwischen, wie berichtet worden, im Bundesrath eingebracht worden. In der Reichstagskommission hat sich bei der Formulirung des oben mitgetheilten Antrags an das Plenum noch ein eigenthümlicher Zwischenfall abgespielt. Die Konservativen — und nach einem Berichte auch der Minister v. Puttkamer — drangen darauf, daß die Kommission beim Plenum die Ablehnung der Regierungsvorlage beantragen sollte. Die Kommission hat ihrerseits allerdings dieselbe abgelehnt, insofern Stimmengleichheit als Ablehnung gilt; aber sie kann, eben weil Stimmengleichheit vorhanden war, betreffs der Vorlage gar nichts beim Plenum beantragen. Es ist bezeichnend, wenngleich ein greifbarer Zweck nicht vorhanden war, daß man von gouvernementaler Seite durchaus einen Antrag auf Ablehnung provoziren wollte; es bestätigt, wohinaus die Wünsche auf dieser Seite gehen.

Inzwischen ist das Schicksal des Sozialistengesetzes nach wie vor unsicher. Das Zentrum wird erst morgen in einer Fraktionssitzung sich schlüssig machen; es gewährt ihm offenbar keine geringe Genugthuung, über die Entscheidung, welche es geben wird, die übrigen Parteien und die Regierung so lange in Ungewißheit zu erhalten. Auch diese Position der klerikalen Partei ist eine Folge der Regierungspolitik seit 1878. Vorläufig hat Herr Windthorst seine in der Kommission abgelehnten Anträge für das Plenum sämmtlich wieder eingebracht, sowohl die Abänderungen des Sozialistengesetzes als die Resolution auf Abänderung des gemeinen Reichsrechts.

In den letzten Tagen herrschte fast in der gesammten Presse die Ansicht vor, daß die Annahme der Regierungsvorlage das Wahrscheinliche sei; ein bekannter Führer der freisinnigen Partei spricht heute in seiner Zeitungs-Korrespondenz die entgegengesetzte Meinung mit großer Bestimmtheit aus; er schreibt:

Am künftigen Freitag wird das Sozialistengesetz im Reichstage abgelehnt werden. Da nach vollständiger Ablehnung in zweiter Berathung eine dritte Berathung alsdann nicht mehr folgt, so ist diese Ablehnung eine endgültige. Es steht zu erwarten, daß alsdann die Auflösung des Reichstages nicht zwei Tage mehr auf sich warten läßt.

In derselben Korrespondenz wird gesagt, es stehe zu erwarten, daß „ein Theil der Konservativen und Nationalliberalen, Freunde des Gesetzes, sich absichtlich von Berlin fern halten wird, um eine Auflösung herbeizuführen." Betreffs der Nationalliberalen halten wir diese Behauptung für unbegründet: wir glauben nicht, daß sie sich zu einem solchen Manöver hergeben werden. Daß man es betreffs der Konservativen, der unbedingten Anhänger derselben Regierung, welche das Sozialistengesetz als unentbehrlich bezeichnet, für möglich hält, charakterisirt die Lage; es entspricht dem oben erwähnten Verhalten der Konservativen in der Kommission bei der Feststellung des Berichtes. So viel ist offenbar; fast auf allen Seiten handelt es sich in dieser Angelegenheit viel weniger um das Sozialistengesetz, als um die Folgen, welche man von der etwaigen Auflösung erwartet. Dies werden aber eventuell auch die Wähler zu würdigen wissen, falls man ihnen mit pathetischen Reden über die Bedrohung von Staat und Gesellschaft kommen sollte, während es in erster Reihe um die Jagd nach Mandaten behufs der Durchsetzung ganz anderer Dinge, als des Sozialistengesetzes, zu thun wäre.

Im Hinblick auf die Möglichkeit der Auflösung schreibt die „Kieler Ztg.", deren Beziehungen zu dem Abg. Hänel bekannt sind:

Obwohl wir Gegner der Verlängerung des Gesetzes sind, möchten wir nicht wünschen, daß die verschiedene Abstimmung über das Gesetz die Liberalen dauernd trennte. Sie sind in dieser Angelegenheit früher nicht vollkommen gleicher Ansicht gewesen, und wir können es als ein großes Unglück nicht betrachten, daß auch heute die Ansichten selbst bei prinzipieller Mißbilligung von Ausnahmegesetzen differiren. Diejenigen, welche das Gesetz nur für eine Uebergangszeit bewilligt haben, können sehr wohl der Ansicht sein, daß es möglich sei, eine kurze Verlängerung dieses Provisoriums zu bewilligen, ohne ihren liberalen Grundsätzen untreu zu werden. Wenn sich die Liberalen wegen einer differirenden Abstimmung bei dem Sozialistengesetz, die früher bei der Fortschrittspartei keine Folge gehabt hat, verfeindeten, so würden sie ihren gemeinsamen Gegnern den allergrößten Gefallen erweisen.

— Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, ist Herr von Bennigsen zu dem Entschluß, an dem national-liberalen Parteitag Theil zu nehmen, durch eine zu ihm nach Hannover entsandte Deputation seiner Parteigenossen im Parlament, bestehend aus den Herren von Benda, Buhl und Oechelhäuser, bewogen worden. Danach darf man um so mehr erwarten, daß durch die Mitwirkung des Herrn von Bennigsen die Rücksicht auf die gegenwärtigen positiven Aufgaben der politischen Thätigkeit auf dem Parteitag, im Gegensatz zu den Phrasen, zu ihrem Rechte kommen werde.

Bekanntlich ist im Herzogthum Braunschweig zwischen den National-Liberalen und den Freisinnigen ein Kompromiß auf der Grundlage der Wahrung des Besitzstandes für die nächsten Reichstagswahlen abgeschlossen worden. Im „Holzmindener Kreisblatt" wird darüber ein Schreiben eines Mitgliedes der nationalliberalen Parteileitung — man vermuthet, des Abg. Hobrecht — mitgetheilt, worin es heißt:

„Ich halte an dem getroffenen Abkommen unbedingt fest, und Sie können versichert sein, daß dies seitens der Zentralleitung der nationalliberalen Partei unverbrüchlich gehalten werden wird. In anderen Theilen des Reichs werden nach früheren Vorgängen lokale und persönliche Gegensätze einen Kampf zwischen nationalliberalen und freisinnigen Kandidaten unvermeidlich machen; halten wir daran fest, ihn, wo es möglich ist, zu verhüten. In Braunschweig wird uns das, wie ich gar nicht zweifle, gelingen."

— Der königliche Hof legt heute für Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna, Wittwe Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich, die Trauer auf drei Wochen an.

— Ueber das Befinden der Kaiserin waren gestern Nachmittag beunruhigende Gerüchte verbreitet. Auf Grund zuständigen Ortes eingezogener Erkundigungen glaubt die „Nat.-Ztg." indessen versichern zu dürfen, daß jene Gerüchte glücklicherweise haltlos sind. Die Symptome der letzten Krankheit der Kaiserin sind vollständig geschwunden. Nur eine bedeutende Körperschwäche ist zurückgeblieben, welche in der hohen Patientin den Wunsch nach dem Aufenthalte im Bette beständig rege erhält. Die ganze Aufmerksamkeit der behandelnden Aerzte ist auf die Hebung jenes Schwächezustandes gerichtet, den man in erster Linie von dem stets bewährten Aufenthalte in Baden erwartet. Sobald die Witterungsverhältnisse die Uebersiedlung nur einigermaßen gestatten, wird dieselbe erfolgen.

— Zum ersten Male gelangt eine Aeußerung der Kaiserin über die Antisemiten-Bewegung an die Oeffentlichkeit, ebenso Aeußerungen des Großherzogs und der Großherzogin von Baden. Wenn die Stellung der Kaiserin zu dieser Bewegung, welche der Kronprinz eine „schmachvolle" genannt hat, keineswegs auch nur im Geringsten zweifelhaft sein konnte, sind doch ihre Aeußerungen nicht minder bedeutsam, ebenso die ihrer Tochter und des Großherzogs. Auerbach berichtet über diese Aeußerungen in seinem soeben publizirten Briefwechsel. Es war kurz nach der Verlobung der Prinzessin Viktoria von Baden mit dem Kronprinzen von Schweden im Frühjahr 1881. Der mit seiner Familie in Berlin weilende Großherzog bat Auerbach zu sich. Ueber diesen Besuch schrieb Auerbach am nächsten Tage seinem Freunde und Vetter in Frankfurt unter Anderem:

„. . . Ich lege Dir einem Brief des Großherzogs von Baden bei, den er mir gestern durch einen Lakaien schickte, der auf Antwort wartete. . . . Ich fuhr also vor sieben Uhr nach dem Niederländischen Palais, wo der Großherzog wohnt. . . . . . Natürlich sprachen wir auch viel von dem Ungeheuerlichen, „der Ermordung des Kaisers Alexander." Ich sagte, daß die Art, wie die Judenhetze fort und fort inszenirt wird, auch eine gefährliche Art Demagogie sei. „Der Großherzog hofft", so berichtet nun Auerbach weiter, „daß das bald wieder vorüber sei, obgleich er die tiefe Schädigung, die das Volk damit erleidet, vollkommen erkenne. . . . Die Stunde verstrich, und nach seiner lieben, wahrhaft innigen Art mich als den alten Herrn betrachtend, ging er mit in das Vorzimmer und gab mir einen Lakai mit, der mich durch die bedeckte Halle hinüber in das Palais zur Großherzogin führen sollte." Die Kaiserin kommt während der Unterhaltung dazu, es ist von persönlichen Erinnerungen und von einzelnen Schriften Auerbach's die Rede. Auerbach erzählt weiter: „. . . Ich legte nun dar, wie tief ich im Gemüth gestört sei durch die Judenhetze; es ist kein Geringes, daß man sich sagen lassen muß, man gehöre nicht zu den Deutschen und sei ohne Vaterland. Das muß ich noch miterleben, der ich bereits sechsundvierzig Jahre nach bester Kraft für das deutsche Volk arbeite und im Patriotismus Niemand nachstehe. Das wurde mir bestätigt, und die Großherzogin sagte: „Glauben Sie mir, diese Sache ist nur in Berlin." „Und auch hier ist sie nur vorübergehend", fiel die Kaiserin ein. „Berlin treibt über Nacht, man weiß nicht woher, eine Pflanze auf, am anderen Tag ist sie wieder vergangen und sie hat keine Wurzel. Und, Sie sehen ja, die Sache ist eigentlich schon vorüber, aber ganz gewiß im Verschwinden." Ich mußte das bestreiten und wiederholte, daß man am Hofe wahrscheinlich von dieser Verwüstung der Gemüther und der Verkehrung alles geraden Sinnes nicht genugsam unterrichtet sei. Die Kaiserin sagte mir: „Wir, wir halten unsere Beziehungen zu den alten Freunden, — ich sehe von Ihnen ab, denn Sie sind nicht nur ein Freund, sondern auch ein Dichter, — immer aufrecht, und werden es auch immer so zeigen." Die Kaiserin wiederholte, wie unablässig wohlthätig die Juden sich bewähren, und wie sie selber vor Kurzem das jüdische Alterversorgungshaus besucht habe, wie sie nächstens das jüdische Krankenhaus besuchen wolle, und so solle ich nur ruhig sein, es wird sich Alles wieder schön ausgleichen."

— Zu der zuerst von der „Saale-Zeitung" gebrachten Nachricht über eine schwere Augenerkrankung des Generals Grafen von Blumenthal wird der „National-Zeitung" von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, daß dieselbe absolut auf Erfindung beruht. Im Gegentheil hat eine jüngst stattgefundene Untersuchung durch Professor Gräfe in Halle konstatirt, daß die Schärfe und der Gesammtzustand der Augen des Generals sich gerade seit dem Sommer bedeutend gebessert haben.

— Verbürgten Nachrichten zufolge hat in Rumänien in neuester Zeit ein Rückgang der Petroleumgewinnung und der damit verbundenen industriellen Thätigkeit stattgefunden. In Rumänien treten die petroleumhaltigen Schichten näher als anderswo an die Erdoberfläche heran und ermöglichen so eine Zeit lang die ziemlich mühelose Gewinnung nicht unerheblicher Erdölquantitäten im Wege des Raubbaues. An diese Erscheinung, sowie besonders an die plötzliche Erschließung mächtiger Petroleumquellen im Bezirke von Draganeassa wurden übertriebene Erwartungen geknüpft, die zu sensationellen Erörterungen in der europäischen Presse Anlaß gaben. Diese Ueberschätzung des in Rumänien vorhandenen Petroleumreichthums hat seit Jahresfrist einer starken Enttäuschung Platz gemacht. Die Produktion der bis jetzt eröffneten Tiefquellen ist in rascher Abnahme begriffen, die neuerdings angestellten Bohrversuche haben unbefriedigende Ergebnisse gehabt, und im Verlaufe von anderthalb Jahren sollen 3 bis 4 Millionen Francs in fruchtlosen Bohrungen aufgegangen sein. Fachmänner werden hierdurch in der schon früher ausgesprochenen Meinung bestärkt, daß die rumänische Oelregion wenigstens in der bisher erreichten Tiefe (300 Meter) größere Petroleumbecken nicht enthalte, sondern nur einzelne mit Oel gefüllte Felsspalten von geringer Ausdehnung und beschränkter Produktionskraft. Diese Wahrnehmungen haben die ausländische Spekulation von weiteren Unternehmungen abgeschreckt. Ohne Betheiligung des fremden Großkapitals ist aber an eine durchgreifende Ausbeutung der moldo-walachischen Oelzone nicht zu denken, weil nach Erschöpfung der ölführenden oberen Schichten größere Erträge höchstens noch von den ungemein kostspieligen Tiefbohrungen zu erwarten wären.

Zur Zeit existiren in Rumänien fünf solcher mit Dampfmaschinen betriebener Tiefbohrungen, davon zwei in rumänischem Besitz. Die kleineren Unternehmer, welche fast nur mittels Schachten, höchstens mit Göpelwerk arbeiten, sind fast alle Rumänen.

Der Gesammtbetrag aller Brunnen- und Bohrlöcher der Walachei wird auf 200,000 bis 300,000 Meter-Zentner jährlich veranschlagt, wovon das Land selbst reichlich die Hälfte konsumirt, während die andere Hälfte als Rohstoff nach Oesterreich-Ungarn geht. Indessen ist die angegebene Ziffer mit Vorsicht aufzunehmen, weil die Mehrzahl der Unternehmer es gerathen findet, die Verhältnisse günstiger darzustellen, als sie sind.

— Der „Korr. Havas" zufolge lautet der Text der Einladung der englischen Regierung an die Großmächte:

„Es will Ihrer Majestät Regierung scheinen, daß, um den zu einer guten Regierung nöthigen Lasten zu begegnen und den Verpflichtungen zu Lasten des egyptischen Staatsschatzes zu genügen, es nöthig sei, einige Abänderungen im Liquidirungsgesetze vorzunehmen. Ihrer Majestät Regierung würde daher vorschlagen, daß die Konferenz in London oder Konstantinopel zusammenträte, um zu entscheiden, ob eine Abänderung nöthig sei, und welcher bestimmten Art sie sein müßte."

Das beigegebene Begleitschreiben legt, nach obiger Quelle, die englische Auffassung der Lage ausführlich dar. Frankreich hat nun seine Bedingungen in London überreicht, und Courcel wird bis Mittwoch in London auf Antwort warten. Frankreich verlangt genaue Bezeichnung der Punkte, welche die Konferenz nach Englands Meinung in Berathung ziehen soll.

— Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat auf Vorschlag der Vorstände der Bau- und

nstgewerbe-Ausstellung und des Kunstgewerbe-Museums den nachstehenden Firmen, welche sich an der diesjährigen Staatskonkurrenz betheiligt haben, für ihre vorzüglichen kunstgewerblichen Leistungen Ehrenpreise bewilligt, und zwar 1) für die Aufgabe I. (freistehendes Postament) zwei erste Preise von je 300 Mark der Firma „Spinn u. Mencke" und der Firma „Siebert u. Aschenbach" hierselbst; 2) für die Aufgabe II. (Einband für Bibel und Gesangbuch) a. einen ersten Preis von 180 Mark der Firma „L. W. Vogt u. Sohn" hierselbst, b. einen zweiten Preis von 120 Mark der Firma „Eduard Blanckenburg" hierselbst; 3) für die Aufgabe V. (gewebter Teppich) a. einen ersten Preis von 180 Mark der Firma „Emil Becker u. Hoffbauer" hierselbst, b. einen zweiten Preis von 120 Mark der Firma „M. Protzen u. Sohn" hierselbst; 4) für die Aufgabe VI. (Garnitur für einen Damenschreibtisch) einen zweiten Preis von 150 Mark der Firma „Josef Guggenbichler" hierselbst. Die Konkurrenzgegenstände sind bis Ende Mai c. im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin ausgestellt.

— Die Zukunft der französischen Marine und das Torpedowesen werden von Gabriel Charmes in einem eingehenden Artikel der „Revue politique" erörtert. Davon ausgehend, daß die großen Nationen nicht fortfahren könnten, Millionen für „gigantische Schiffsbauten" zu opfern, weist der Verfasser auf die Bedeutung der Torpedos für den Seekrieg der Zukunft hin. Der frühere Kampf zwischen Geschütz und Panzer sei durch die Vervollkommnung des Torpedowesens in gewissem Sinne erledigt. „England, Italien, Frankreich", heißt es unter Anderem, „sind derartig auf der verhängnißvollen Bahn der großen Schiffsbauten engagirt, daß sie viel Mühe haben werden, den Rückzug in dieser Hinsicht anzutreten. Deutschland, das ihnen gefolgt war, scheint geneigt, zuerst das Beispiel eines klugeren Verhaltens zu geben. In diesem Jahre selbst kündigte es die Absicht an, der Erbauung einer Torpedoflotte einen beträchtlichen Kredit zu widmen." Damit Frankreich seine Seemacht und Handels-Interessen wahren könne, schlägt Gabriel Charmes vor, die Flotte vor allen Dingen mit Schnellseglern auszustatten, sowie in allen Theilen der Welt Häfen zu besitzen, in welchen die Schiffe einen Zufluchtsort finden und sich mit Proviant versehen können. Charmes erachtet deshalb eine vollständige „Revolution" im Schiffsbauwesen für unvermeidlich, die um so mehr geboten sei, als es sich um die Zukunft des Landes handle.

— Endlich ist dem General Gordon der Geduldfaden gerissen; er hat der englischen Regierung seine Entrüstung über deren Verhalten ihm gegenüber in unzweideutigen Worten ausgesprochen und zugleich erklärt, daß er den Oelzweig des Friedensapostels nunmehr bei Seite lege, um dem Mahdi gegenüber als Krieger aufzutreten. Es erscheint auf den ersten Blick auffallend, daß die Regierung selbst die betreffende Depesche veröffentlicht; dieser Schritt wird indessen sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß sie Gordons Erklärung benutzen kann, um sich jeder ferneren Verantwortlichkeit für sein Schicksal enthoben zu erklären. Die Depesche Gordons ist am 16. April aus Khartum datirt und an den Generalkonsul Baring in Kairo gerichtet. Gordon klagt darüber, daß die Regierung keine Truppen nach Berber senden wolle und daß sie ihm die Zutheilung Zobehrs verweigere. Er erachte sich, fügt Gordon hinzu, jetzt für berechtigt, frei nach den Umständen zu handeln, und werde Khartum halten, so lange es ihm möglich sei; er werde den Aufstand zu unterdrücken suchen, falls ihm das aber nicht gelinge, seinen Rückzug nach dem Aequator hin antreten. Der Regierung müsse er die unauslöschliche Schande überlassen, die Garnisonen von Sennaar, Kassala, Berber und Dongola preisgegeben zu haben, er habe die Gewißheit, daß die Regierung, wenn sie den Frieden in Egypten aufrecht erhalten wolle, schließlich gezwungen sein werde, den Mahdi unter großen Schwierigkeiten zu Boden zu werfen.

— Aus Mecklenburg schreibt man der „Voss. Z.": Vor einigen Monaten wurde in Rostock ein „städtischer Verein" gegründet, welcher den Zweck hatte, Reformen der Stadtverfassung zu Rostock und namentlich der noch auf dem Prinzip des Zunftwesens ruhenden, allseitig als unhaltbar erkannten bürgerschaftlichen Vertretung zu fördern. Da bereits in einer Anzahl kleinerer Städte des Landes Vereine bestehen, welche nur die Besprechung kommunaler Angelegenheiten bezwecken und daher die nach einer großherzoglichen Verordnung vom 27. Januar 1851 für politische Vereine erforderliche ministerielle Genehmigung nicht nachgesucht haben, ohne daß ihnen dies als Versäumniß angerechnet ist, so unterließ es auch der „städtische Verein" zu Rostock, eine ministerielle Genehmigung nachzusuchen. Aber schon nach der zweiten Sitzung des Vereins nahm das großherzogliche Ministerium des Innern Veranlassung, die Rostocker Stadtbehörde zu einem Bericht darüber aufzufordern, ob der „städtische Verein" als politischer Verein aufzufassen sei. In Folge dessen reichte der Verein unter dem 10. März d. J. seine Statuten beim großherzoglichen Ministerium des Innern ein und erbat für den Fall, daß letzteres den Verein als einen politischen ansehen sollte, die Ertheilung der Genehmigung für denselben. Hierauf ist nun unter dem 1. d. Mts. vom großherzogl. Ministerium des Innern „nach vernommenem Berichte des Magistrats zu Rostock" der Bescheid ertheilt worden, „daß das Ministerium den Verein, dessen statutenmäßige Wirksamkeit auf eine Umgestaltung der Rostocker Stadtverwaltung abzielt, als einen politischen Verein im Sinne der Verordnung vom 27. Januar 1851 ansieht, zu der Ertheilung der landespolizeilichen Genehmigung auf Grund der angezogenen Verordnung sich aber nicht bestimmt findet, da die Befürchtung begründet erscheint, daß die beabsichtigte Thätigkeit des Vereins unter den gegebenen Verhältnissen keine ersprießliche sein werde." Schlagender als durch dieses Reskript kann der politische Druck, welcher auf Mecklenburg lastet, und die Nothwendigkeit einer Abhülfe vor den Augen Deutschlands wohl nicht dargethan werden.

Ausland.

Paris, 4. Mai. Der Marineminister wird dem „Temps" zufolge sofort nach Wiedereröffnung der Session 40 Millionen für die Tonkin-Expedition fordern; denn es handle sich nicht blos um die direkten Unkosten derselben, sondern auch um Herstellung des verbrauchten Materials; letzteres sei allerdings theils aus den außerordentlichen Krediten für Tonkin, theils aber aus dem allgemeinen Budget bestritten worden; die im Dezember bewilligten 20 Millionen seien ausgegeben. Nun weist aber der „Telegraphe" aus Renaults Budgetbericht vom 17. Dezember 1883 nach, daß die Regierung, um die 20 Millionen zu erlangen, sich streng verpflichtet hatte, kein Geld für die Expedition zu verausgaben, das ihr nicht vorher bewilligt sei, und sich wörtlich verpflichtet habe: „den Arsenalen kein Material zu entnehmen, ohne dasselbe sofort herzustellen." Dies ist aber nicht geschehen, die parlamentarischen Grundsätze wurden und werden, um mit Jean Paul zu reden, behandelt „wie Misthaufen, über die man hinwegschreitet". Der „Telegraphe" hatte berechnet, daß die Tonkin-Expedition im Durchschnitt mindestens monatlich 5 Millionen koste; dies stellt sich als richtig heraus: die 20 Millionen sind fort und das Material aus den Arsenalen obenein. Man wirft dem Marineminister nicht vor, daß er die Gelder unterschlagen oder vergeudet habe; aber er hat das dem Parlamente gegebene Wort gebrochen und gehandelt, wie — sein Vorgänger unter dem Kaiserthume bei der Expedition von Mexiko! Aber woher will die Kammer die 40 Millionen nehmen? Das ordentliche Budget hat einen Ueberschuß von nur 176,000 Franks und das Gleichgewicht ist so fraglich, daß der Ruf: Sparen! von allen Seiten erschallt und das Gesetz über die Elementarschulen vertagt wurde, weil das Geld für den schmalen Sold der Elementarlehrer fehlt! Der „Telegraphe" schlägt daher vor, eine Spezialanleihe für Tonkin zu beschließen. Die Expeditionen ins Blaue würden dann wenigstens den Urenkeln, die vielleicht von den Auslagen Gewinn hätten, zur Last bleiben.

Paris, 4. Mai. Die „Missions catholiques" veröffentlichen ein Schreiben des Bischofs des westlichen Tonkin, Puginier, an den Direktor der Glaubenspropaganda über die Mißhandlung der dortigen Christen durch die Schwarzflaggen und Anamiten. Der Brief beginnt bei den ersten Anfängen der Christenverfolgungen, die mit einer wahren Wuth betrieben wurden, weil man in den Christen die Freunde Frankreichs erblickte. Die Behörden Chinas in Yunnan sind bei der Sache direkt betheiligt gewesen: so habe der Gouverneur dieser Provinz im letzten Oktober dem Führer der Schwarzflaggen schriftlich aufgetragen, sich mit den anamitischen Mandarinen ins Einvernehmen zu setzen, um die Christen zu massakriren. Ende November machte ein Befehl Luh-Vinh Phnoc's, der vom anamitischen Marschall gutgeheißen wurde, bekannt, daß die Armee von Son-Tay auf Hanoi marschiren werde, und daß bei dieser Gelegenheit alle Christen vernichtet werden müßten. Dieser Plan scheiterte an dem Marsche des Admirals Courbet auf Son-Tay. Als die Schwarzflaggen und Chinesen sich nach Hong-Hoa zurückzogen, plünderten diese mehr denn sechszig Christen-Niederlassungen und steckten alle, welche nur den geringsten Widerstand versuchten, in Brand und massakrirten Männer, Frauen und Kinder unerbittlich. Ueber zehntausend Christen aus der Provinz Son-Tay flüchteten sich in die Wälder.

Zu gleicher Zeit begannen auf eine Ordre der chinesischen Behörden die anamitischen Mandarinen einen Vernichtungskrieg gegen die Christen der Provinzen Nam-Dinh und Than-Hoa. Gebildete Bewohner von Nam-Dinh stellten sich an die Spitze der Banden, und der vierte Mandarin von Than-Hoa leitete die Plünderung, Brandstiftung und Massakers in den Missionen von Chan und Laos. Ein eingeborener Priester, 62 Katechisten und Eleven und 288 Christen wurden getödtet, 242 Christen ausgebrannt und ausgeplündert und eine große Anzahl gebrandschatzt. Man erwartete noch weitere Missethaten in den von den Franzosen nicht besetzten Provinzen Tonkins, als vom Gouverneur von Than-Hoa in Hanoi der Befehl eintraf, er habe erst in diesem Augenblicke von den Ausschreitungen, die sich seine untergebenen Mandarinen zu Schulden kommen ließen und die nun schon 12 Tage dauerten, gehört und ordne daher die sofortige Herstellung der Ruhe an. Man ist dessen sicher, daß der Gouverneur selbst die Befehle zu den Massakers gegeben hat; er ließ aber, um nicht seine Regierung zu kompromittiren, seine Untergebenen handeln. Neue Befehle trafen in Folge der Mission Tricous aus Hue ein, welche die Verfolgungen wohl in den tonkinesischen Provinzen einstellten; allein diese dauerten nunmehr um so heftiger im Gebirge fort, und fünf Missionäre und dreißig Katechisten darunter wurden im Laos ermordet. Ein königlicher Prinz mußte seine Theilnahme an den Mordthaten mit seinem Kopfe büßen, doch weiß man noch nichts von einer Bestrafung der Mandarinen aller Rangstufen, welche aus Haß gegen Frankreich die der Freundschaft für die Franzosen verdächtigen Christen in Massen hinmordeten, Tausende wieder aus Haus und Hof vertrieben. Die Franzosen unterstützten diese Opfer der Religionsverfolgungen nach besten Kräften und vertheilten die in Son-Tay vorgefundenen Lebensmittel an die hart bedrängten Christen.

Paris, 5. Mai. Die Majorität der Wähler gehört in Paris mehr als jemals den Ultraradikalen, Kollektivisten und Anarchisten an, während die Gambettisten, beziehentlich die Anhänger der gegenwärtigen Regierung seit den Wahlen vom Jahre 1881 etwa 8000 Stimmen verloren haben. Die Konservativen haben keine wesentlichen Fortschritte gemacht, aber sich rühriger gezeigt, und werden es durch die Stichwahlen voraussichtlich auf zwölf Sitze bringen. Die ministeriellen Organe sehen in dem Wahlergebnisse den Beweis, daß nur durch die Einführung des Listenskrutiniums eine vernünftige Zusammensetzung des Pariser Gemeinderaths erreicht werden könne. Die Wahlnachrichten aus den Provinzen sind heute Abend noch unvollständig, es scheint jedoch, daß die Konservativen in einer Reihe von Departemens Erfolge errungen haben. Eigentliche Revolutionäre sind nur ganz vereinzelt gewählt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Mai. Im November v. J. befand sich in den hiesigen Annoncenblättern ein Inserat, durch welches von dem Agenten Julius Possivan ein kautionsfähiger junger Mann für ein nicht näher bezeichnetes Geschäft gesucht wurde. Es meldete sich der Arbeiter Mezinski und ein anderer junger Mann aus Grabow, denen Possivan erklärte, daß er eine Stelle in Königsberg und eine Stelle in Stettin zu besetzen habe. Da sich Beide für Stettin aussprachen, entgegnete P., daß derjenige die Stelle erhalten würde, welcher ihm am schnellsten 3 Mark brächte und Mezinski kehrte in Folge dessen sofort mit 3 Mark zurück. Nun erklärte P., die betreffende Stelle erfordere eine Kaution von 300 Mark und sichere ein monatliches Einkommen von 50 Mark bei freier Station, gleichzeitig bat er den M., in zwei Tagen zurückzukehren, dann werde er ihn zu dem betreffenden Prinzipal führen. Am betreffenden Tage erschien auch M. und wurde von P. zu dem Restaurateur Draha, Fischer- und Petersilienstr.-Ecke, geführt, dieser aber erklärte, daß er weder einen kautionsfähigen jungen Mann suche, noch den P. mit irgend einem darauf bezüglichen Auftrag versehen habe und es wurde festgestellt, daß P. überhaupt keine Stelle zu vergeben hatte, als M. bei ihm erschien, sondern erst am Tage darauf von einem andern Agenten gehört hatte, daß diesem der Restaurateur Draha früher einen ähnlichen Auftrag ertheilt. Da sich Possivan weigerte, die erhaltenen 3 Mark an M. zurückzuerstatten, machte dieser Anzeige und die Folge war, daß sich P. gestern vor dem Schöffengericht wegen Betruges zu verantworten hatte. Da derselbe bereits einmal wegen Betruges vorbestraft ist, wurde er trotz des geringen Objektes zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Aus den Provinzen.

† **Arnswalde**, 6. Mai. In letzter Schöffengerichtssitzung wurde der Schlossermeister H. wegen Bedrohung des Gerichtsvollziehers bei Ausübung seines Amtes zu 14 Tagen Gefängniß und seine Frau wegen wörtlicher Beleidigung ebendesselben zu 10 Mark Strafe event. 2 Tagen Haft verurtheilt; ferner der Knecht Putzke zu Carlsburg wegen vorsätzlicher Mißhandlung zu 2 Wochen; die Arbeiter Uckert'schen Eheleute wegen Kartoffeldiebstahls zu 3 resp. 2 Tagen; der Bursche Trinkhaus wegen groben Unfugs zu 5 Tagen; mehrere Gesellen und Arbeiter wegen Bettelns und Landstreichens zu je 2 Wochen Haft. Außerdem wurde gegen 4 Reservisten resp. Landwehrmänner auf je 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Haft erkannt, weil sie ohne Erlaubniß ausgewandert sind; dagegen kamen zwei Mädchen, welche einen Eimer gestohlen hatten, wegen ihrer großen Jugend mit einem Verweise davon.

Vermischte Nachrichten.

— Im Briefkasten der „Dresdener Nachrichten" fragte neulich Jemand in ganz guten Versen an, ob es ein Mittel gegen den Kater gäbe. Hierauf erhielt er folgende Antwort:

Der Kater ist ein Leid fürwahr,
Vor dem es Jedem schaudert;
Ein Mittel giebt's dagegen zwar,
Doch wird's nicht ausgeplaudert.
Denn ist das Mittel erst bekannt,
Dann nimmt das Saufen überhand.
Es säuft hernach wohl Alt und Jung,
Und uns trifft die Verantwortung.

Dortmund, 29. April. Einen fechtenden fahrenden Stromer, also gewiß etwas ganz Seltenes, so berichtet die „Dortm. Ztg.", hatten die Passagiere des am Sonnabend Abend von Arnsberg nach Schwerte fahrenden Personenzuges Gelegenheit, in voller „Arbeit" zu sehen. In Neheim-Hüsten stieg nämlich ein ziemlich redu-zirt aussehender Mensch in ein Koupee dritter Klasse und bettelte unter großem Wortschwall die Passagiere um „Schlafgeld" an, da seine Baarschaft gleich Null sei und sein Magen energisch rebellire. Da es stets Gutmüthige giebt, so erhielt der Fechtbruder einige Groschen, womit er aber noch nicht zufrieden war; er bettelte vielmehr von seinem Platze aus die in den anstoßenden Koupees sitzenden Passagiere an. In Wickede stieg der Industrieritter aus und in ein anderes Koupee ein, in dem er sein Geschäft fortsetzte. Diese Art zu fechten ist gewiß neu.

— (Aus dem Harem.) Ueber einen Besuch, den die Erzherzogin Stephanie im Harem abgestattet, gelang es dem Korrespondenten des „Bud. Hirlap", „auf diplomatischen Umwegen" etwas zu erfahren. Folgendes Etwas — denn viel ist es wirklich nicht — berichtet der Korrespondent, habe er als Spezial-Berichterstatter seines Blattes von seiner „Spezial-Berichterstatterin", einer Gräfin, unter Anwendung einer kleinen Tortur erfahren: „Der Besuch im Harem ist also erfolgt? Wohl ganz programmgemäß?" — „Ganz programmgemäß." — „Wie lange Zeit nahm der Besuch in Anspruch?" — „Beiläufig 25 bis 30 Minuten." — „Was geschah während dieser Zeit?" — „Es wurden die Damen vorgestellt, einige Worte gewechselt und schwarzer Kaffee getrunken." — „Wer war anwesend?" — „Der Sultan, seine Mutter, seine zwei Schwestern und seine Gattin . . ." — „Sonst Niemand?" — „Noch etwa 30 Hofdamen . . ." — ??? — „Nun, als solche wurden sie bezeichnet . . ." — „Natürlich, und Sie haben es geglaubt. Aber von dem Harem des Sultans, der aus 6364 Personen besteht, haben Sie nicht mehr gesehen?" — „Nein." — „Waren die Damen schön?" — „Die Mutter des Sultans ist nicht schön, aber sehr sympathisch; seine Schwestern sind auch nicht schön; hingegen ist seine Frau sehr schön, aber wie aus Filigran; sie würde als Zuckerpuppe auf eine Torte passen, aber man müßte fürchten, der Wind könne sie wegblasen." — „Und die Hofdamen?" — „Unter diesen waren sehr schöne und minder schöne . . ." — „Wie waren sie gekleidet?" — „Alle in moderner europäischer Toilette; aber ich muß gestehen, weder der Schnitt, noch die Farbenzusammenstellung entsprachen meinem Geschmacke." — „Diese diplomatische Umschreibung will also besagen, die Toiletten waren geschmacklos." — „Das habe ich nicht gesagt." — „Wer hat als Dolmetsch fungirt?" — „Zum Theile Se. Majestät der Sultan selbst, zum Theile Se. Exzellenz Bakhram Agha." — „Ah; Bakhram Agha . . . Das ist der . . .?" — „Ja wohl, der . . ." — „Sonst können Sie mir nichts erzählen?" — „Nein." — „Ich danke Ihnen, Gräfin. Sie könnten nicht nur Diplomatin, sondern auch Journal-Berichterstatterin werden, wenn Sie nicht so diskret wären, weniger zu sagen, als Sie wissen." — „Ich gab den Stoff — ausschmücken müssen Sie ihn." — „Nein, ich schreibe unsern Dialog nieder, wie wir ihn gesprochen. Nochmals, Frau Gräfin, meinen besten Dank."

— (Zahlen beweisen!) Es existirt kaum eine Stadt in Europa, wo so wenig Ehen eingegangen werden, wie in Petersburg. Im Durchschnitt kommt daselbst auf 155 Einwohner eine Ehe, während beispielsweise in Paris, das allgemein im Geruch der Unmoralität steht, eine Ehe auf 109 Personen kommt. Von 538,041 erwachsenen Einwohnern Petersburgs sind 226,270 Personen verheirathet, von diesen leben nur 68,000 Paare zusammen, die übrigen Verheiratheten leben getrennt, so daß im Ganzen in Petersburg ca. 400,000 Personen außerhalb der Ehe leben. Die Anzahl der offiziell Geschiedenen dagegen ist verhältnißmäßig klein: in einer fünfjährigen Periode betrug dieselbe nur 112 Frauen und 24 Männer, was dadurch zu erklären ist, daß eine Scheidung erstens theuer zu stehen kommt, und zweitens zu einer solchen Bedingungen erforderlich sind, welche die Ehre des einen oder des anderen der Ehegatten kompromittiren. 25 uneheliche Geburten kommen in Petersburg auf 100 Geburten, während in Paris 33 uneheliche Geburten auf 100 und in Moskau sogar 50 uneheliche Geburten auf 100 Geburten kommen. Das Verhältniß der Geschlechter ist folgendes: 77 Frauen auf 100 Männer; mit anderen Worten, für ca. 100,000 Männer sind keine Frauen vorhanden. Es giebt 4½ Mal mehr Wittwen als Wittwer, was dem „Listok" zufolge davon herrühren mag, daß viele Wittwen nicht hier, sondern in der Provinz ihre Männer durch den Tod verloren haben und erst später in die Residenz übergesiedelt sind.

— (Das beste Wasser.) Mehrere Bauern eines rheinischen Dorfes kamen auf die Frage, wo im Dorf das beste Wasser wäre. „Ich dächte," sagte endlich einer, „das beste Wasser im Dorf hat der Hammelwirth, der gießt seinen Gästen etwas Wein drunter."

— Ein hartnäckiger Pariser Junggeselle befand sich zum Besuch bei einer kinderreichen Familie. „Welch reizende Kleinen haben Sie, Madame!" sagte er, ihnen die blonden und braunen Locken streichelnd. „Ich wußte nicht, daß Sie ein so großer Freund von Kindern seien," lautete die Antwort. „Ja, aber nur von den Kindern Anderer." „Nun," entgegnete die unvorsichtige Dame, „warum verheirathen Sie sich denn da nicht?"

— Welcher Unterschied besteht zwischen einer Kirsche und einer Frau? Die Kirsche wird roth, wenn sie reif wird, eine reife Frau wird aber nicht mehr roth

Telegraphische Depeschen.

Hanau, 6. Mai. Das hiesige Komitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für die Gebrüder Grimm hat eine Zuschrift des Kultusministers erhalten, worin derselbe seine lebhafte Sympathie für das von Pietät und Patriotismus getragene Unternehmen, sowie den Wunsch ausspricht, daß der Aufruf den kräftigsten Wiederhall finden möge. Gleichzeitig wird ein Beitrag aus den augenblicklich disponiblen Fonds gewährt.

Paris, 6. Mai. Das „Journal officiel" publizirt die Ernennung des Bischofs Puginier in Tonkin zum Ritter der Ehrenlegion.

Petersburg, 5. Mai. General-Adjutant von Güldenstubbe, Mitglied des Reichsrathes und Generaladjutant Tschertkoff I., Adjunkt des Präsidenten des Militär-Organisations- und Bildungs-Komitees, sind gestorben.

Petersburg, 6. Mai. Der Minister des Innern hat der „Gatzuk'schen Ztg." auf Grund des Preßgesetzes und eines Beschlusses der Oberpreßverwaltung die zweite Verwarnung ertheilt.

Rom, 5. Mai. Bei der Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Kommunalreformen beantragte der Deputirte Bonacci die Ausscheidung einiger Bestimmungen, der Ministerpräsident Depretis wünschte, daß die Berathung dieses Antrages erst nach der Vorlegung des Berichts über den erwähnten Entwurf stattfinde; der Antrag des Deputirten Crispi, den Antrag Bonacci sofort zu berathen, wurde hierauf mit 169 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Baccarini brachte die von ihm angekündigte Interpellation betreffend die Zurückziehung seines Entwurfes über den Betrieb und die Vollendung der Eisenbahnen ein.

Rom, 5. Mai. Bischof Stroßmayer ist hier eingetroffen.